

II-11164 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5542/1

A N F R A G E

1990-05-18

der Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Dr. Partik-Pablé, Eigruher
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Kostentragung des Schulungs- und Sozialraumes am
GPK Ried i. I.

Im Juni 1989 hat die Kollegenschaft des Gendarmeriepostens
Ried mit persönlicher Zustimmung des Bundesministers für
Inneres über das Gendarmeriezentralkommando die Genehmigung
zur Errichtung eines Schulungs- und Sozialraumes an ihrer
Dienststelle erhalten. Der gegenständliche Raum wurde hierauf
von der Kollegenschaft dieses Postens mit Eigenmitteln in der
Höhe von rund 70.000 Schilling eingerichtet.

Da das Landesgendarmeriekommando Oberösterreich, welches zu
diesem Zweck selbst einen Küchenverbau und eine Bank zur
Verfügung stellte, auch die Anschaffung einzelner Elektroge-
räte bewilligte, wurden in weiterer Folge ein Elektroherd (4
Platten), ein Mikrowellenherd, ein Gefrierschrank, ein
Dunstabzug und eine Kaffeemaschine privat angekauft und
aufgestellt.

Eine bereits amtlich zugewiesene Doppelkochplatte wurde
angesichts der aufgelisteten Einrichtung wiederum abgeführt.
Der Anschluß dieser neuen Geräte hatte jedoch zur Folge, daß
"bedingt durch den erhöhten Stromanschlußwert" die Stadtwerke
Ried im Innkreis eine Baukostenbeitragsvorschreibung in Höhe
von 12.149 Schilling in Rechnung stellten. Den unterfertigten
Abgeordneten sind nun Informationen zugekommen, wonach das
Landesgendarmeriekommando für Oberösterreich diese Gebühr
aufgrund eines Erlasses des Bundesministeriums für Inneres
nicht tragen durfte und daher die betroffenen Beamten zur
Begleichung der gegenständlichen Rechnung aufforderte.

Da die angeführten Geräte von Beamten mehrerer Dienststellen
(GAK, BGK, GPK und andere) benützt werden, stellen diese
keinen Luxus, sondern eine wesentliche Erleichterung des

Dienstbetriebes (erhöhte Einsatzbereitschaft, reduzierte Gasthausbesuche) dar.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Inneres nachstehende

A n f r a g e

1. Entspricht es den Tatsachen, daß das Landesgendarmeriekommando für Oberösterreich aufgrund eines Erlasses diese Baukostenbeitragsrechnung nicht begleichen darf?
2. Werden Sie entsprechende Veranlassungen treffen, um die betroffenen Beamten des Gendarmeriepostens Ried in Bezug auf die gegenständliche Rechnung schadlos zu halten?
 - a) Wenn ja: Welche Veranlassungen werden Sie treffen?
 - b) Wenn nein: Aus welchen Gründen nicht?